

# Steuer: Jeder Fahnder bringt eine Million

**Finanzamt** Der zuständige Beamte kann die Aufregung um das Portal für anonyme Hinweise nicht verstehen. „Das ist anderswo längst im Einsatz.“ *Von Berthold Merkle*

Schon mal etwas von StraBu und SteuFa gehört? Eher nicht. Denn diese beiden Abkürzungen stehen für die Straf- und Bußgeldsachenstelle und Steuerfahndung. Beide Einrichtungen sind beim Finanzamt Rottweil angesiedelt und sie kümmern sich im Interesse des Staates um unwillige Steuerzahler – auch in Villingen-Schwenningen. So unbemerkt von der breiten Öffentlichkeit die Beamten arbeiten, so erfolgreich sind sie, wir ihr Chef Michael Kewes auf Anfrage der NECKARQUELLE berichtet.

Alleine in den vergangenen fünf Jahren von 2016 bis 2020 sorgte die Steuerfahndung Rottweil mit ihrem Einsatz dafür, dass Steuersünder über 61,5 Millionen Euro zahlten. Geld, das dem Staat ohne die Mithilfe seiner darauf spezialisierten Beamten wohl durch die Lappen gegangen wäre. Deren Gehälter lohnen sich. „Das Mehrergebnis pro Fahnder und Fahnderin liegt bei einer Million Euro pro Jahr“, sagt Finanzamtsleiter Michael Kewes.

## 113 anonyme Anzeigen

Im Jahr 2020 verzeichneten die beiden Dienststellen des Finanzamts Rottweil insgesamt 1200 Fälle, die sie wegen des Verdachts auf Steuerhinterziehung

„Das ist nichts Neues, das Landeskriminalamt hat das längst im Einsatz.“

zu überprüfen hatten. Dabei haben den Beamten auch anonyme Hinweisgeber geholfen. Laut Finanzamtsleiter kamen 113 anonyme Anzeigen von Bürgern. In 586 Fällen wurde ein Strafverfahren eingeleitet.

Vor dem Hintergrund seiner bisherigen täglichen Arbeit und der seiner Steuerfahnder kann der Rottweiler Finanzamtsleiter die Aufregung und die hitzige Diskussion über das „anonyme Hinweisgeberportal“ überhaupt nicht verstehen. Was der grüne baden-württembergische Finanzminister Danyal Bayaz jetzt eingeführt hat, gebe es anderswo schon. „Das ist nichts Neues, das Landeskriminalamt hat das längst im Einsatz“, sagt Finanzamtsleiter Kewes. Und wie die bisherigen Zahlen zu den anonymen Hinweisen auch zeigten, bekommen die Steuerfahnder schon jetzt jede Menge Anzeigen

von Bürgern, die bei irgendwem oder irgendwo eine Steuerhinterziehung bemerkt haben wollen. „Allerdings haben wir jetzt im anonymen System die Möglichkeit, nachzufragen und wenn der Anonymus will, kann er weiter anonym mit uns in Kontakt bleiben“, erklärt Michael Kewes.

## Es gilt die Unschuldsvermutung

Mit dem neuen Hinweisportal können die Beamten also schon gleich zu Beginn mehr Informationen bekommen. Dies kann ihre Aufgabe vielleicht etwas erleichtern. In der täglichen Arbeit hat sich die Aufgabenteilung zwischen der Steuerfahndung und die Straf- und Bußgeldsachenstelle bewährt. Die SteuFa erforscht die Steuerstraftaten, Steuerordnungswidrigkeiten und ermittelt Besteuerungsgrundlagen in diesen Fällen. Außerdem sind die Steuerfahnder für die Aufdeckung und Ermittlung unbekannter Steuerfälle zuständig. Wenn es dann zu einem Ermittlungsverfahren kommt, wird dies überwiegend von der StraBu geführt. Diese Abteilung nimmt die Rechte und Pflichten der Staatsanwaltschaft wahr. Nur in besonderen Fällen, vor allem wenn eine Freiheitsstrafe zu erwarten ist, übernimmt die Staatsanwaltschaft das Verfahren. Der Finanzamtsleiter macht auch deutlich, dass die Grundsätze des Strafverfahrens gelten und wehrt sich gegen Bezeichnungen wie Steuer-Stasi und Steuer-Pranger. Auch das Finanzamt sei an das Legalitätsprinzip gebunden und müsse selbstverständlich die Unschuldsvermutung und die Verhältnismäßigkeit anwenden.

## „Denunziantentum“

So unproblematisch sehen aber die Kritiker das Hinweisportal nicht. Der FDP-Landtagsabgeordnete Frank Bonath sieht darin ein Instrument für Rachegeleüste: „Ab sofort ist es möglich über das ‚anonyme Hinweisgeberportal für Finanzämter‘ seine Nachbarn, Bekannte, unliebsame Freunde und Kollegen zu denunzieren. Alles ohne seine eigene Identität preis zu geben.“ Für den CDU-Abgeordneten Thorsten Frei „zeigt sich schon jetzt einmal, wo die Reise mit rot-grün-roter Regierungsverantwortung hingehen würde“. Frei nennt das Portal „Denunziantentum“, das in Deutschland keinen Platz haben dürfe. Für Minister Bayal, den Chef aller Finanzbeamten, ist das Meldeportal dagegen „ein Instrument im Kampf für mehr Steuergerechtigkeit“.